



Info Workers' Group Groupe des travailleurs

Die September-Plenartagung des EWSA hatte es in sich, da einige der grundlegendsten Themen für die Zukunft Europas und seiner Bürger erörtert wurden:

- der künftige Haushalt der Europäischen Union für 2021-2027 (der mehrjährige Finanzrahmen oder MFR),
- die konkrete Ausgestaltung der Säule sozialer Rechte durch die Schaffung der Europäischen Behörde für Arbeit,
- die künstliche Intelligenz und ihre Auswirkungen auf die Arbeit und die Arbeitnehmer.

Nach Ansicht der Arbeitnehmergruppe hängt die Zukunft Europas entscheidend davon ab, dass auf diese Fragen eine Antwort gefunden wird. Ein Binnenmarkt kann nicht ordnungsgemäß funktionieren, wenn er nicht das wichtigste Anliegen seiner Bevölkerung, nämlich menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen, verwirklicht. Der Binnenmarkt muss allen nutzen.

Nachstehend finden Sie einen Überblick über diese und andere Themen.

Aussprache mit dem für Haushalt und Personal zuständigen Kommissar Günther Oettinger



allem in der Kohäsionspolitik und bei den Sozialfonds.

Der für Haushalt und Personal zuständige EU-Kommissar **Günther Oettinger** war zu einer Aussprache über den neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) eingeladen, in dem der Haushaltsplan der Europäischen Union für den Zeitraum 2021-2027 festgelegt wird. Die Mitglieder der Gruppe der Arbeitnehmer äußerten sich besorgt über die Haushaltskürzungen, vor



Info Workers' Group Groupe des travailleurs

Wie **Javier Doz Orrit**, Berichterstatter der Stellungnahme des EWSA zum MFR, betonte, könne es nicht angehen, Kürzungen vorzuschlagen, wenn Armut und Ungleichheit aufgrund der Krise so massiv zugenommen haben. Ganz im Gegenteil: die EU brauche neue Eigenmittel, um die Einnahmen zu erhöhen. Die Gewährleistung einer starken sozialen Dimension sei der einzige Weg vorwärts, und Herr Doz Orrit plädierte daher für die Auflegung eines spezifischen Programms zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte.

Gabriele Bischoff, Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, betonte, dass die im Sozialfonds vorgesehenen Kürzungen nicht hinnehmbar seien, und warnte davor, gegebene Versprechen zu brechen. Sie erinnerte den Kommissar an die Erklärung von Göteborg über die europäische Säule sozialer Rechte und daran, dass die EU-Kommission ein sozialeres Europa zugesagt habe. Sie betonte, dass die EU und die Mitgliedstaaten über ausreichende Mittel verfügen müssten, wenn die soziale Säule umgesetzt werden solle. Die EU müsse dafür sorgen, dass der neue Vorschlag „ESF + (plus)“ nicht in Wirklichkeit zu einem „ESF- (minus)“ werde. Die Mitgliedstaaten, die auf den Haushaltskürzungen bestünden und eine Erhöhung des EU-Haushalts auf mindestens 1,3 % des BIP ablehnten, müssten für diese Kürzungen zur Rechenschaft gezogen werden. Abschließend teilte sie dem Kommissar mit, dass alle Vertreter der Zivilgesellschaft, unabhängig von ihrer Gruppenzugehörigkeit, eine gemeinsame Botschaft an die europäischen Organe richteten: Der EU-Haushalt muss erhöht werden, wenn die EU über jene Instrumente verfügen soll, mit denen sie ihr Versprechen eines künftigen sozialeren Europas einlösen kann.

Stefano Palmieri, Vorsitzender der EWSA-Fachgruppe für Wirtschaftspolitik, erinnerte daran, wie die EU jahrelang für ihr Eintreten für Zusammenhalt und Inklusion bewundert wurde. Nach und nach aber waren diese Grundwerte in der EU in Vergessenheit geraten, was dazu geführt habe, dass sich zwischen und in den Mitgliedstaaten und Regionen ein immer stärkeres wirtschaftliches und soziales Gefälle aufbaue. Diese Ungleichheiten hätten Euroskeptikern und Populisten Auftrieb verschafft. Die EU benötige dringend eine neue strategische Vision zur Bewältigung der Krise und einen passenden, diese Vision flankierenden Haushalt, in dem der Schwerpunkt auf die Aufwärtskonvergenz gelegt werden müsse.

Philip von Brockdorff sprach sich für spezifische Bedingungen aus, um die jüngsten Mitgliedstaaten bei der Konsolidierung der bisher erzielten Fortschritte zu unterstützen. Er wies insbesondere darauf hin, dass dem Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger das gleiche Gewicht beigemessen werden müsse wie dem Wirtschaftswachstum.





European Economic and Social Committee
Comité économique et social européen

Info Workers' Group Groupe des travailleurs

An der Plenarsitzung nahm auch die EU-Kommissarin für Mobilität und Verkehr, **Violeta Bulc**, teil. Sie stellte das Mobilitätspaket der Kommission vor, das mit einer Reihe von Initiativen darauf abzielt, den Verkehr sicherer zu machen, intelligente Straßennutzungsgebühren zu fördern, die Luftverschmutzung und Verkehrsüberlastung zu verringern, den bürokratischen Aufwand für Unternehmen abzubauen, die illegale Beschäftigung zu bekämpfen und für angemessene Arbeitsplätze und soziale Bedingungen für die Arbeitnehmer zu sorgen.

Pierre Jean Coulon, Vorsitzender der EWSA-Fachgruppe Verkehr und Energie, unterstrich die Bedeutung von Initiativen, die darauf abzielten, den freien Personenverkehr zu fördern, eines der Grundprinzipien der EU. Diese Rechtsvorschriften müssten jedoch von den Mitgliedstaaten ordnungsgemäß umgesetzt werden, wenn die Menschen von verbesserten Bedingungen im Verkehrssektor profitieren sollten. Dessen müssten sich auch die einschlägigen Akteure auf lokaler und regionaler Ebene bewusst werden.

Andrej Zorko betonte, dass in dem zentralen Bestreben um mehr Straßenverkehrssicherheit die im Straßenverkehr tätigen Arbeitnehmer nicht außer Acht gelassen werden sollten. Für sie bestehe dringender Bedarf nach angemessenen Ruhezeiten zu menschenwürdigen Unterbringungsbedingungen, für die eine geeignete Infrastruktur geschaffen werden müsse. Andrej Zorko erinnerte daran, dass die Arbeitnehmer in Osteuropa niedrigere Löhne und Gehälter erhielten und überdies nach Kilometerleistung bezahlt würden und so gezwungen seien, täglich 8 bis 10 Stunden lang so schnell und so weit wie möglich zu fahren. Wer für mehr Straßenverkehrssicherheit sorgen wolle, müsse zuerst die Lage dieser und aller anderen Arbeitnehmer im Verkehrssektor verbessern.

European Economic and Social Committee
Rue Belliard 99, 1040 Bruxelles

LIKE US ON FACEBOOK



FOLLOW US ON TWITTER



FOLLOW US ON YOUTUBE



www.eesc.europa.eu



European Economic and Social Committee
Comité économique et social européen

Info Workers' Group Groupe des travailleurs

Stellungnahmen die das EWSA-Plenum verabschiedet hat (Klicken Sie auf die Namen, um die Stellungnahme zu öffnen)

SOC/581 – [Zugang zum Sozialschutz](#) – Giulia Barbucci



Der Zugang zum Sozialschutz ist ein Grundrecht eines jeden Arbeitnehmers und die Grundlage für ein würdevolles Leben. Aufgrund des schnellen Wandels der Arbeitswelt ist es daher dringender denn je, die Herausforderungen zu bewältigen, vor denen die Europäischen Sozialschutzsystemen stehen: Digitalisierung, demografischer Wandel, Energiewende, Globalisierung und neue Beschäftigungsformen. Die Gruppe der Arbeitnehmer fordert gesetzgeberische Initiativen für einen angemessenen Sozialschutz im Rahmen der europäischen Säule sozialer Rechte.

SOC/587 - [Digitale Kluft zwischen den Geschlechtern](#) – Giulia Barbucci

Die digitale Kluft zwischen den Geschlechtern ist ein wirtschaftliches, soziales, gesellschaftliches und kulturelles Problem, das eine ganzheitliche Politik auf mehreren Ebenen erfordert, da sie das ohnehin schon bestehende Gefälle zwischen den Geschlechtern verschärft. Einschlägige Maßnahmen sind auf verschiedenen Gebieten notwendig: Bildung vom Kindes- bis zum Erwachsenenalter, Arbeitsmarkt, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und öffentliche Dienstleistungen. Den Sozialpartnern kommt eine wichtige Rolle bei der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt und damit auch beim Abbau der digitalen Kluft zwischen den Geschlechtern zu.

European Economic and Social Committee
Rue Belliard 99, 1040 Bruxelles

LIKE US ON FACEBOOK



FOLLOW US ON TWITTER



FOLLOW US ON YOUTUBE



www.eesc.europa.eu



SOC/580 – [Europäische Arbeitsbehörde](#) – Carlos Trindade

Die grenzüberschreitende Arbeitskräftemobilität in der EU nimmt unvermeidlich zu. Die Zahl der Entsendungen ist im Zeitraum 2010 bis 2016 um 68 % angewachsen. Die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat leben oder arbeiten, ist von 8 Mio. auf 17 Mio. gestiegen, und über 2 Mio. Arbeitnehmer, die im Güter- oder Personenverkehr tätig sind, überschreiten täglich die



EU-Binnengrenzen. Diese Situation bringt aber Probleme mit sich, insbesondere unlauteren Wettbewerb, Sozialdumping sowie verschiedenartige Rechtsverstöße und Betrugsfälle im Bereich Steuern und soziale Sicherheit. Die nationalen Arbeitsaufsichtsbehörden sind nicht ausreichend vorbereitet, um diesen Herausforderungen zu begegnen.

INT/845 – [Künstliche Intelligenz/Auswirkungen auf die Arbeit](#)– Franca Salis Madinier



Die Verbreitung der künstlichen Intelligenz (KI) hat schon erhebliche und unmittelbare Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und die Welt der Arbeit. Sie erfordert spezifische Sozialrahmen, um eine inklusive Wirkung zu entfalten. Grundlage für solche Sozialrahmen, durch die sichergestellt werden soll, dass die KI sich mit den Arbeitnehmern entwickelt und nicht gegen sie, könnte die

europäische Säule sozialer Rechte sein. Die Gruppe der Arbeitnehmer wird die Entwicklungen in diesem Bereich aufmerksam verfolgen, um die Gewährleistung der Interessen der Arbeitnehmer bei allen relevanten politischen Entscheidungen auf europäischer Ebene durchzusetzen. Dies könnte auch die Ausarbeitung ethischer Leitlinien für die KI einschließen.





European Economic and Social Committee
Comité économique et social européen

Info Workers' Group
Groupe des travailleurs

SOC/591 – [Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit](#) – János Weltner

Die Gruppe der Arbeitnehmer begrüßt den Vorschlag, die Sicherheit am Arbeitsplatz durch die Begrenzung der Exposition gegenüber neuen krebserregenden Stoffen zu erhöhen. Insbesondere befürwortet sie das angestrebte Ziel, besonders gefährliche Stoffe durch geeignete Alternativstoffe oder -technologien zu ersetzen. Wir fordern ferner dazu auf, EU weite Programme aufzustellen, mit denen im Rahmen der nationalen Systeme der sozialen Sicherheit oder der nationalen Gesundheitssysteme allen Personen, die am Arbeitsplatz solchen toxischen Stoffen ausgesetzt sind bzw. waren, eine lebenslange Gesundheitsüberwachung geboten wird.



INT/865 – [Ergänzendes Schutzzertifikat für Arzneimittel](#) – János Weltner

Ein ergänzendes Schutzzertifikat (SPC) verlängert die Dauer des tatsächlichen Patentschutzes für neue Arzneimittel und dient so als Ausgleich für die Investitionen, die in die Forschung geflossen sind. Jedoch werden die Hersteller von Generika und Biosimilars durch die heutige Rechtslage benachteiligt, insoweit sie diese Arzneimittel innerhalb der EU nicht herstellen dürfen, sobald das SPC nicht abgelaufen ist. Das begünstigt Unternehmen außerhalb der EU, die schon vor Ablauf des SPC mit der Produktion anfangen und damit ab dem Tag nach dem Ablauf des Zertifikats bereits in den Binnenmarkt liefern können. Aus diesen Gründen, und wegen der wichtigen Arbeitsplätze, die dieser Sektor schafft (über 160 000 Stellen), begrüßt die Gruppe der Arbeitnehmer die Änderung der betreffenden Verordnung, die das Ziel verfolgt, diese unbeabsichtigten Nebenwirkungen zu vermeiden..

European Economic and Social Committee
Rue Belliard 99, 1040 Bruxelles

LIKE US ON FACEBOOK



FOLLOW US ON TWITTER



FOLLOW US ON YOUTUBE



www.eesc.europa.eu



European Economic and Social Committee
Comité économique et social européen

Info Workers' Group Groupe des travailleurs

INT/855 – [F&I: eine erneuerte europäische Agenda](#) – Stefano Palmieri



Die Gruppe der Arbeitnehmer begrüßt, dass Forschung und Innovation im Zusammenhang mit dem mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 auch in Zukunft eine wichtige Priorität der EU bleiben, und unterstützt die Bemühungen um eine Vereinfachung der Finanzierungsverfahren und insbesondere die Kombination von Mitteln und Aufträgen, wo die EU Ebene nicht nur einen Mehrwert bieten kann, sondern

auch die Forschung in anderen Regionen und Mitgliedstaaten fördert und so die Kohäsionspolitik in der EU stärkt.

INT/848 – [Subsidiarität und Gold-Plating](#) – Wolfgang Greif

Der Begriff Gold-Plating bezieht sich allgemein auf die "Überregulierung", in diesem Fall durch die Mitgliedstaaten. Die Gruppe der Arbeitnehmer lehnt diese Vorstellung, die ideologisch voreingenommen ist und dem Subsidiaritätsprinzip widerspricht, ab. Jeder Mitgliedstaat hat das Recht, Normen zu verschärfen, wenn die EU Mindestanforderungen und keine Obergrenzen festlegt. Im Bereich der Sozial-, Verbraucher- und Umweltpolitik sollte die Aufwärtskonvergenz das Ziel sein und nicht das Problem. Die Gruppe der Arbeitnehmer teilt zwar die Ansicht, dass es gerechtfertigt ist, unnötigen Verwaltungsaufwand in bestimmten Investitionsregelungen abzubauen, misst aber der Aufrechterhaltung hoher Standards und der Gewährleistung des Subsidiaritätsprinzips eine sehr große Bedeutung bei.



European Economic and Social Committee
Rue Belliard 99, 1040 Bruxelles

LIKE US ON FACEBOOK



FOLLOW US ON TWITTER



FOLLOW US ON YOUTUBE



www.eesc.europa.eu



INT/852 – [Digitaler Wandel in Gesundheitsversorgung und Pflege](#) – Thomas Katnig



Die Digitalisierung des Gesundheitswesens sollte mit besserer Versorgung, besseren Arbeitsbedingungen für die betroffenen Berufe (mehr Zeit für die Patienten) und der Verbesserung der sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen einhergehen und nicht etwa als „Sparpaket“ für einen Personalabbau oder eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung missbraucht werden. Ferner betont die Arbeitnehmergruppe, dass die Risiken einer gezielten Datenauswertung bedacht und die derzeitige Praxis der wirtschaftlichen Ausbeutung privater Krankenakten durch Unternehmen unterbunden werden sollten.

Zu diesem Zweck sollte u. a. der Aufbau sicherer, gemeinnütziger Plattformen für die Verarbeitung, Speicherung und Verbreitung digitaler Kopien personenbezogener Daten gefördert werden.

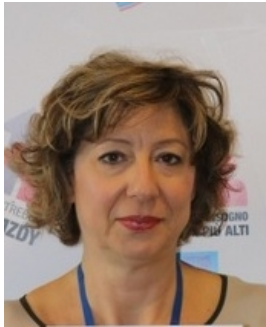
INT/857 – [Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung](#) – Christophe Lefèvre

Die Gruppe der Arbeitnehmer begrüßt die Änderungen der einschlägigen Richtlinie insbesondere in Bezug auf den Schutz der Opfer von Verkehrsunfällen bei Insolvenz eines Versicherungsunternehmens und bewertet diese Neuerungen allgemein positiv. Gleichzeitig wurde aber leider die Gelegenheit verpasst, fahrerlose Fahrzeuge in der Richtlinie zu berücksichtigen, obwohl diese Möglichkeit in der Folgenabschätzung ausdrücklich erwähnt wurde.





NAT/732 – [Transparenz der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit bei ihrer wissenschaftlichen Bewertungstätigkeit und in ihrer Verwaltung](#) – Esther Vitale



Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) ist ein zentraler Baustein im europäischen Lebensmittelschutz, der vom Landwirt bis zum Verbraucher reicht. Nach der Meinung der Arbeitnehmergruppe muss die Behörde transparenter arbeiten, wenn sie ihre Rolle als Hüterin eines der sichersten Lebensmittelsysteme weiter ausfüllen und verbessern will. Vor allem müssen ein hohes Maß an Unabhängigkeit von externen Einflüssen gewährleistet und die bestmögliche wissenschaftliche Kompetenz der EFSA und transparente und klare Kommunikation sichergestellt werden. Eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft in die Verwaltungsstruktur hält die Arbeitnehmergruppe zudem ebenfalls für wichtig.

TEN/664 – [Initiative zu den Herausforderungen für Online-Plattformen in Bezug auf die Verbreitung von Desinformation](#) – Martin Siecker

Vom Brexit bis zur Wahl Donald Trumps haben Falschnachrichten den für die politische Willensbildung in der Demokratie erforderlichen Informationsaustausch erheblich verzerrt. Besonders auffällig war ihre Verbreitung in den sozialen Medien, wo sie durch Anonymität geschützt werden, und zu den Verantwortlichen zählen sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure. Die Arbeitnehmergruppe plädiert für mittels öffentlich-privater Partnerschaften bereitgestellte Online-Plattformen, die Informationsdienstleistungen zu erschwinglichen Preisen anbieten und bestehende Monopole aufbrechen können. Diese sollten gleichzeitig als Alternative zu den gegenwärtigen „Gratis“-Diensten fungieren, bei denen der Nutzer das eigentliche Produkt ist.





NAT/734 – [Verbesserung der Lebensmittelversorgungskette](#) – Peter Schmidt



Die Unterbindung unlauterer Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette ist wichtig, weil sie zu einem Marktmarktgefälle zwischen den verschiedenen Marktteilnehmern in der Lebensmittelkette beitragen und in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht schädlich sind. Die Gruppe der Arbeitnehmer fordert, alle missbräuchlichen Praktiken auf EU Ebene zu verbieten und regulierend in die Versorgungskette einzugreifen,

um die schwächeren Marktteilnehmer, nämlich Landwirte und Arbeitnehmer, zu schützen und die Nachhaltigkeit der Lebensmittelversorgungskette in jeder Hinsicht zu gewährleisten.

TEN/662 – [Fairness und Transparenz für Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten und – Suchmaschinen](#) – Marco Vezzani

Die Regulierung von Online-Vermittlungsdiensten und – Suchmaschinen ist zwar eine nötige Etappe zu einem faireren und transparenteren digitalen Markt, aber der Rechtsrahmen weist in der Gesamtschau immer noch Lücken auf. Der gesamte elektronische Handel bedarf der Regulierung, um auch dort demokratische Verhältnisse zu gewährleisten und das Internet und den digitalen Markt zu einem sicheren Ort zu machen,



der Chancengleichheit für jedermann garantiert. Zudem fordert die Arbeitnehmergruppe mit großem Nachdruck Initiativen für einen sozialen Dialog in diesem Sektor, damit die soziale Dimension der Digitalisierung angegangen wird.



INT/863 – Sicherheit von Fahrzeugen und Schutz von schwächeren Straßenverkehrsteilnehmern

– Raymond Hencks

Da die Anzahl der Straßenverkehrstoten in der EU (25 300 im Jahr 2017) immer noch deutlich über den von der EU angestrebten Zielen liegt, begrüßt die Arbeitnehmergruppe die Verschärfung der EU-Kraftfahrzeugsicherheitsvorschriften und bedauert gleichzeitig, dass Sicherheitssysteme, deren Leistungsfähigkeit über die im EU-Recht vorgeschriebenen Anforderungen hinausreicht,

oft nur in Fahrzeugen der Ober- und Luxusklasse zu finden sind. Die europäischen Normen sollten daher schnellstmöglich an den neuesten technischen Stand angepasst werden.



ECO/460 – Multiannual Financial Framework – Javier Doz Orrit

Der im sogenannten mehrjährigen Finanzrahmen vorabdefinierte EU-Haushalt für die Jahre 2021-2027



ist insbesondere wegen des Brexits von drastischen Kürzungen bedroht. Die Arbeitnehmergruppe ist insbesondere nicht einverstanden mit den Bereichen, in denen gekürzt werden soll, nämlich Kohäsion, Regionalentwicklung, Europäischer Sozialfonds und Gemeinsame Agrarpolitik. Zudem ist der Stabilisierungsmechanismus für den Euro zu gering ausgestattet, um eine neue Krise zu

verhindern oder zu bewältigen, und das Investitionsprogramm „InvestEU“ wird bestenfalls auf dem gegenwärtigen Niveau weitergeführt. Deshalb ist die Arbeitnehmergruppe trotz positiver Aspekte wie der Aufstockung der Mittel für die Umwelt- die Klima- und die Forschungspolitik der Auffassung, dass der geplante Haushalt die EU nicht angemessen gegen die in der kommenden Dekade anstehenden Herausforderungen wappnet und die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeitnehmer und der Bürger ignoriert. Damit wird Populisten und Nationalisten weiterer Nährboden bereitet.